

Gruppenfoto der liechtensteinischen Landtagsabgeordneten im Jahr 1921 mit Regierungschef Josef Ospelt im Landtagssaal.
(Liechtensteinisches Landesarchiv, LI LA B 221/027/001, Foto: Walter Ospelt, Vaduz)

100 Jahre bilaterale Beziehungen Schweiz–Liechtenstein

Die Schweiz und das Fürstentum Liechtenstein sind durch ausgezeichnete Beziehungen und traditionell engen Kontakten freundschaftlich verbunden. Ebenfalls teilen die beiden Staaten dieselben grundlegenden Werte.

Schwerpunkte der diplomatischen Beziehungen

Zwischen den beiden Ländern besteht ein dichtes Netz von Verträgen, darunter der Zollvertrag von 1923, mit dem Liechtenstein Teil des Schweizer Wirtschaftsraums wurde. Die diplomatischen Beziehungen zeich-

nen sich durch zahlreiche Besuche auf allen Ebenen aus.

Im Rahmen ihrer Aussenpolitik setzen sich die Schweiz und Liechtenstein in vielen Bereichen für gleiche Interessen und Werte ein. Die beiden Staaten arbeiten regelmässig und



Ein Schweizer Helfer in Ruggell anlässlich der Rheinüberschwemmung 1927.
(Liechtensteinisches LandesMuseum, Foto: Friedrich Müller, Buchs)

reich für Liechtenstein nach wie vor das bessere Absatzgebiet sei. Erst recht dann, falls sich dieses in Zukunft an Deutschland anschliessen würde. Schützenhilfe erhielten die Skeptiker von Prinz Eduard von Liechtenstein, dem damaligen Geschäftsträger der Gesandtschaft Liechtensteins in Wien. Auch er opponierte gegen Vertragsverhandlungen mit der Schweiz und sah durch den Abschluss eines solchen Vertragswerks die Selbständigkeit Liechtensteins in Gefahr.

Aber auch bei den grundsätzlichen Befürwortern schwebten Ängste mit. Ob pro oder kontra, die Landtagsabgeordneten trauten der Schweiz nicht ganz und befürchteten Verhandlungsnachteile für das kleine Liechtenstein. Trotz aller Ängste und Befürchtungen sprachen sich aber alle Landtagsabgeordneten dafür aus, Vertragsverhandlungen mit der Schweiz aufzunehmen.

Widerstand gegen einen schweizerisch-liechtensteinischen Zollvertrag kam nicht nur aus Liechtenstein, sondern auch aus der Schweiz. Gerade in den

Nachbarkantonen St. Gallen und Graubünden gab es kritische Stimmen.

Eines dieser Gegenargumente war die Überwachung der Zollgrenze. Gerade aus Kreisen der Eidgenössischen Zolldirektion wurden Stimmen laut, dass die neue Zollgrenze in den Bergen schwierig zu überwachen sei und der Personalaufwand dafür teuer zu stehen käme. In diesem Zusammenhang wurde aus Schweizer Sicht auch das ihrer Meinung nach in Liechtenstein weit verbreitete Schmuggelwesen als Problem genannt.

Widerstand in Werdenberg

In Werdenberg organisierte sich Widerstand gegen den Zollvertrag. Das «Werdenbergische Initiativkomitee» sah im schweizerisch-liechtensteinischen Zollvertrag nicht nur eine Gefährdung von lokalen und regionalen Interessen, sondern fürchtete um das Wohl der Schweiz generell. Schmuggelerei und chronische Gesetzesumgehung lastete das Initiativkomitee den Liechtensteinern an. Die Schulbildung im kleinen

Land sei mangelhaft. Liechtenstein wurde als moralische Bedrohung und Gefahr für die gesamte Schweiz angeprangert.

Diese Argumente standen unter anderem auch in einem konfessionellen Zusammenhang. Während auf der vermehrt protestantischen Werdenberger Seite das katholische Liechtenstein als liederlich und gesetzesuntreu galt, existierten in Liechtenstein diesbezüglich die genau umgekehrten Vorurteile. Auch der Liechtensteiner Pfarrer Johann Baptist Büchel äusserte seine Bedenken zum wirtschaftlichen Anschluss an die Schweiz und wollte damit den Zuzug von vermehrt «protestantischen Elementen» verhindern.

Die Hauptargumente gegen einen schweizerisch-liechtensteinischen Zollvertrag blieben jedoch wirtschaftlicher und politischer Natur. Die Werdenberger befürchteten einen Bedeutungsverlust für den Grenzbahnhof Buchs und damit verbundene finanzielle Nachteile sowie Arbeitsplatzverluste. Der Abschluss eines Zollvertrags wurde als

möglicher Wegbereiter für einen späteren politischen Anschluss Liechtensteins an die Schweiz gewertet, was von Liechtenstein aus jedoch stets entkräftet wurde.

In einer Broschüre aus dem Jahr 1923 zählte das «Werdenbergische Initiativkomitee contra Zollanschluss» seine Argumente gegen einen Anschluss Liechtensteins an das schweizerische Zollgebiet auf. (Liechtensteinisches Landesarchiv, LI LA SgZG 1923/02)

Aber auch bei den grundsätzlichen Befürwortern schwebten Ängste mit. Ob pro oder kontra, die Landtagsabgeordneten trauten der Schweiz nicht ganz und befürchteten Verhandlungsnachteile für das kleine Liechtenstein. Trotz aller Ängste und Befürchtungen sprachen sich aber alle Landtagsabgeordneten dafür aus, Vertragsverhandlungen mit der Schweiz aufzunehmen.

Kritische Stimmen aus St. Gallen und Graubünden

Widerstand gegen einen schweizerisch-liechtensteinischen Zollvertrag kam nicht nur aus Liechtenstein, sondern auch aus der Schweiz. Gerade in den Nachbarkantonen St. Gallen und Graubünden gab es kritische Stimmen. Eines dieser Gegenargumente war die Überwachung der Zollgrenze. Gerade aus Kreisen der Eidgenössischen Zolldirektion wurden Stimmen laut, dass die neue Zollgrenze in den Bergen schwierig zu überwachen sei und der Personalaufwand dafür teuer zu stehen käme. In diesem Zusammenhang wurde aus Schweizer Sicht auch das ihrer Meinung nach in Liechtenstein weit verbreitete Schmuggelwesen als Problem genannt.

100 Jahre Schweiz – Liechtenstein

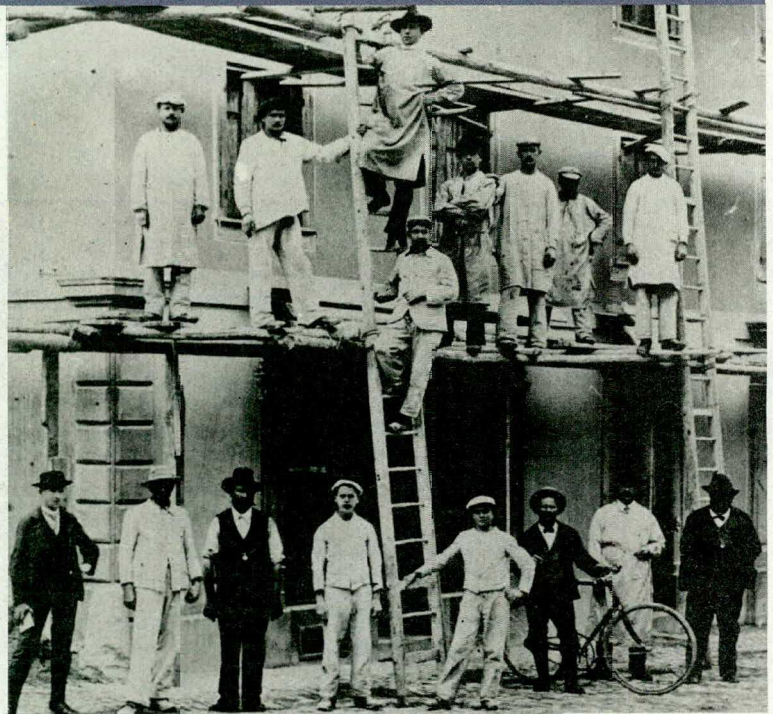
Solidarität, aber auch wirtschaftliche Eigeninteressen

In Liechtenstein war man nach dem Abschluss des Zollvertrags von der Richtigkeit und Wichtigkeit des Vertrags überzeugt. Die wirtschaftliche Isolation hatte ein Ende gefunden, die Anbindung an die Schweiz wurde als Vorteil gesehen. Dazu trug auch die Einbindung in den Frankenraum bei, der stabile Schweizer Franken galt als Standortvorteil – mit dem Zollvertragsanschluss an die Schweiz nun auch für Liechtenstein.

Die aus dem Vertrag mit der Schweiz fixierte Zollpauschale trug wesentlich zum liechtensteinischen Staatshaushalt der Zwischenkriegszeit bei. Ihr Anteil an den staatlichen Gesamteinnahmen war teils beträchtlich. 1924 bis 1940 stammte durchschnittlich rund ein Viertel der Staatseinnahmen aus der Zollpauschale. In einzelnen Jahren, beispielsweise 1926 oder 1934, betrug die Zollpauschale rund ein Drittel des liechtensteinischen Staatshaushalts. Bereits 1926 erreichte die liechtensteinische Regierung eine Erhöhung der Zollpauschale von anfänglich 150'000 auf 250'000 Franken. Und nochmals zehn Jahre später wurde die Pauschale mit einem Betrag von 450'000 Franken fast verdoppelt. Diese fix planbaren Einnahmen gaben der Liechtensteiner Regierung eine gewisse Sicherheit in den wirtschaftlich krisenhaften 1930er-Jahren. Im September 1927 brach der Rheindamm in Schaan direkt oberhalb der Eisenbahnbrücke und überflutete die ganze Talebene von Schaan bis nach Tosters und Bangs in Vorarlberg. Zwei Menschen ertranken, Häuser, Strassen und Ernten fielen den Wassermassen zum Opfer. Der Aufwand zur Wiederherstellung und Verbesserung des beschädigten Damms, der Rheinbrücken und Strassen und Flure war enorm, nicht nur in Form von menschlicher Arbeitskraft, sondern auch finanziell. Die Solidarität der umliegenden Länder war gross. Rund die Hälfte der freiwilligen Helfer stammte aus der Schweiz, die Schweizer Pfadfinder leisteten wochenlange Einsätze. Und auch finanziell half die Schweiz aus, indem sie einen Vorschuss von eineinhalb Millionen Franken auf die Einnahmen aus der Zollpauschale gewährte.

Nur ein Jahr später war Liechtenstein wieder auf die Solidarität der Schweiz angewiesen. Liechtenstein taumelte durch die Aufdeckung des Sparkassaskandals im Sommer 1928 erneut. Das Land Liechtenstein bürgte für die Bank mit einer Staatsgarantie, die verlustreichen Spekulationsgeschäfte belasteten den Staat schwer. Ein Teil der Staatsausgaben zur Sanierung der Sparkasse konnte mittels einer Schenkung des Fürstenhauses gedeckt werden. Ein zusätzliches Darlehen von zwei Millionen Franken stammte aus der Schweiz, wiederum als Vorschuss auf die Zollpauschale verstanden.

Die Schweiz handelte solidarisch, rasch und unkompliziert und half dem kleinen Zollvertragspartner aus. Nichtsdestotrotz machten sich in den Beziehungen auch Kontrollbestrebungen der Schweiz sowie die Verfolgung von eigenen Interessen bemerkbar. Die Wirtschaftskrise der 1930er-Jahre führte auch in Liechtenstein zu einer prekären Arbeitslage. Die Schweiz war zuvor eine bei liechtensteinischen Saisonarbeitern beliebte Destination gewesen, nun wurden sie vom schweizerischen Arbeitsmarkt praktisch

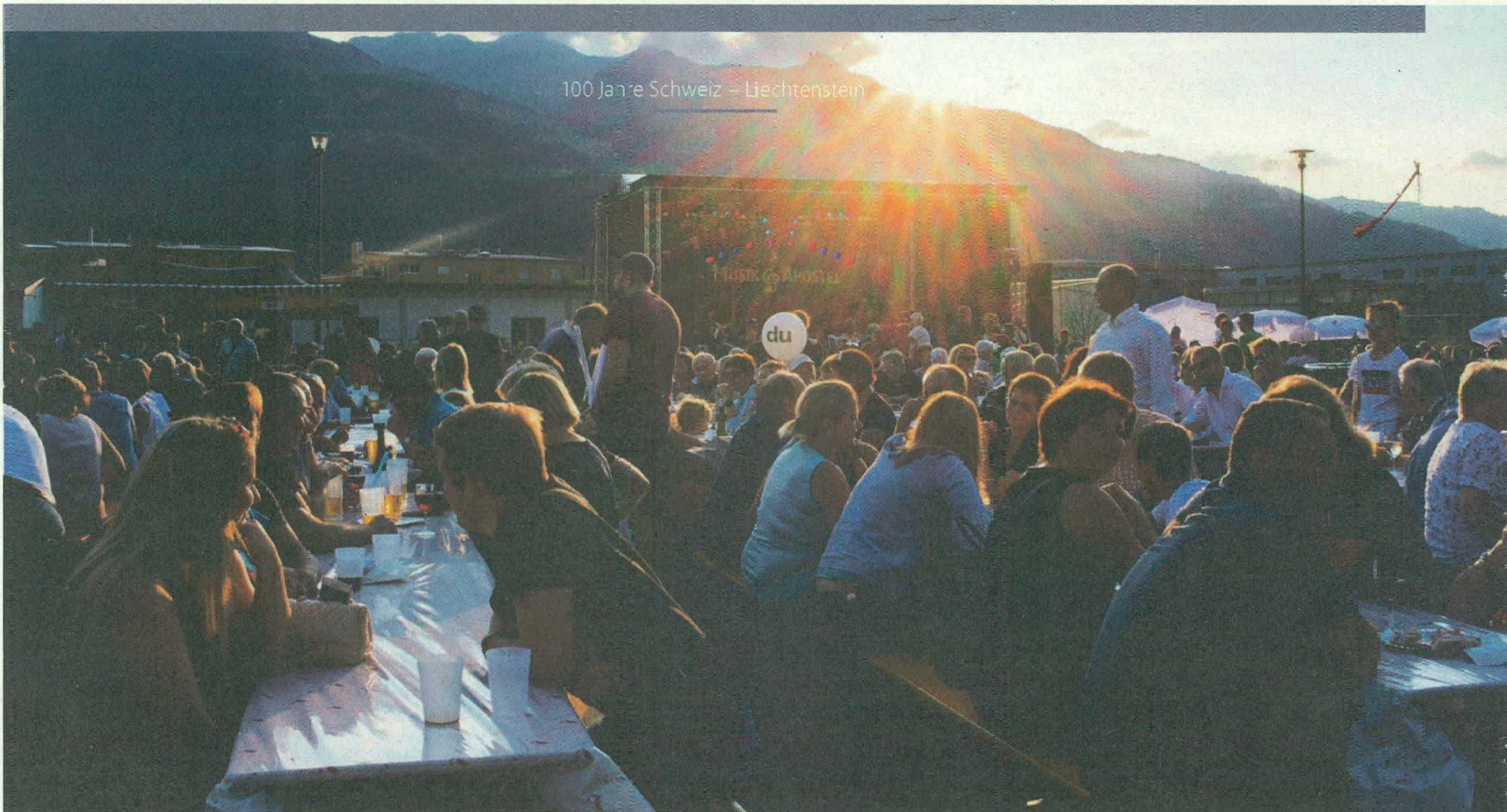


Seit dem frühen 19. Jahrhundert arbeiteten viele Liechtensteiner als Saisoniers in der Schweiz. Vier der in dieser Gruppe um 1910 in Zug beschäftigten Männer waren aus Triesenberg. (Liechtensteinisches LandesMuseum)

ausgeschlossen. Trotz den Bemühungen der liechtensteinischen Regierung um eine generelle Öffnung des schweizerischen Arbeitsmarktes für Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner oder wenigstens um eine Bevorzugung der liechtensteinischen Arbeitnehmenden lenkte Bern diesbezüglich nicht ein. Die Schweiz hatte selbst Arbeitssuchende zu versorgen. In der Meinung, durch den Zollvertrag in wirtschaftlichen Belangen mit der Schweiz gleich gestellt zu werden, führte das diesbezügliche Vorgehen der Schweiz in Liechtenstein zu Frust und Enttäuschung über das gemeinschaftliche Vertragswerk. Die Wirtschaftskrise der Zwischenkriegszeit forderte ihren Tribut in den schweizerisch-liechtensteinischen Beziehungen. Gerade in wirtschaftlichen Belangen war das Entgegenkommen der Schweiz dem kleineren Vertragspartner gegenüber gering. Aus Liechtenstein wünschte man keine Wirtschaftskonkurrenz. Und wenn, dann nur in Absprache. So war die liechtensteinische Regierung dazu angehalten, Anfragen zur Gründung von Industriebetrieben in Liechtenstein zuerst mit der Schweiz abzusprechen. Auf schweizerischen Wunsch hin wurden mehrere grösser geplante Industrieprojekte in Liechtenstein nicht realisiert. Als die Gegenleistung, nämlich der uneingeschränkte Zugang der liechtensteinischen Arbeitskräfte zum Schweizer Arbeitsmarkt, dann aber nicht erfolgte, schwenkte die Liechtensteiner Regierung ab Mitte der 1930er-Jahre auf eine aktivere Politik der Industriean siedlung um.

Literatur-Quellen:

- Büchel, «Sparkassaskandal», in: eHFLF
- Geiger, Krisenzeit, Bd. 1 und Bd. 2., 1997.
- Sochin-D'Elia, Ein Kleinstaat auf dem Weg aus der wirtschaftlichen Misere, 2019. Alle Texte: Offizielle Jubiläums-Website des Fürstentums Liechtenstein. © 2023 Liechtenstein Marketing.
- Leopold-Schneider, «Beck, Wilhelm», in: eHFLF
- Oberhammer, «Liechtenstein, Eduard von», in: eHFLF
- Quaderer-Vogt, Bewegte Zeiten in Liechtenstein, Bd. 1 und Bd. 3, 2014.
- Quaderer, «Beck, Emil», in: eHFLF



«Kunscht o zum 100-Jöhriga?»

Grenzüberschreitendes Fest Schweiz–Liechtenstein rund um die Alte Rheinbrücke Vaduz-Sevelen. Am 29. April ist die Bevölkerung aus Liechtenstein und der Schweiz dazu eingeladen, 100 Jahre Zollvertrag zu feiern. Rund um die Alte Rheinbrücke laden verschiedene Attraktionen dazu ein, sich zu treffen, gemeinsam zu feiern und sich auszutauschen.

Programm am Samstag, 29. April 2023

11 Uhr, Beginn

- Feierlicher Einzug der Delegationen aus St. Gallen, Graubünden und Liechtenstein
- Ansprachen von Landtagspräsident Albert Frick, Nationalratspräsident Martin Candinas, Regierungschef Daniel Risch und Bundesrätin Karin Keller-Sutter
- Eröffnung der Kunstinstallation auf der Alten Rheinbrücke
- «Ihr habt's ja so wollen! Ein Trigespräch über den Zollvertrag Schweiz–Liechtenstein» Martina Hug, Etrit Hasler und Mathias Ospelt

Ab 12 Uhr, gemeinsames Feiern

13–15 Uhr, Kunstinstallation auf der Alten Rheinbrücke

13–16 Uhr, Wirtschafts- und Politikerinnen- und Politiker-Stammtische

15.30, 16.30 und 17.30 Uhr, akrobatische Tanzeinlage

14–17 Uhr, Festzelt

Beteiligte Vereine: Musikgesellschaft Sevelen, Musikgesellschaft Maienfeld, Harmoniemusik Vaduz, Liechtensteinische Trachtenvereinigung, Jungjodler vom Heidiland, Jodelklub Alvier